

# Strategien für Klimagerechtigkeit in Indonesien

von Yuyun  
Harmono

Übersetzt von  
Andrea Höing

**Zwei Wirtschaftsbereiche, die Agrar- und die Energiewirtschaft, verursachen die größten Emissionen in Indonesien. In diesen sind große Konzerne diejenigen, die die Gewinne beziehen und dabei eine Klimakrise auslösen.**

Die landesweiten Emissionen erreichten im Jahr 2010 1,334 Megatonnen Kohlenstoffdioxid, ein Großteil davon stammt aus der Agrar- und Energiewirtschaft. Durch Emissionen der Agrarwirtschaft entstanden, gemeinsam mit Wald- und Landschaftsbränden, 434,8 Megatonnen Kohlenstoffdioxid. In der Energiewirtschaft wurden 453,178 Megatonnen Kohlenstoffdioxid verursacht. In Indonesien den Klimawandel zu bekämpfen bedeutet, Eliten und Unternehmen, welche die Klimakrise auslösen, zu bekämpfen. Die Bedrohung für das Klima geht derzeit unter anderem von Palmölplantagen, Plantagen für die Zellstoff und Papierindustrie, sowie Kohleminen und -kraftwerken aus.

## Waldbrände für Konzerne

Seit mehr als 18 Jahren leiden viele indonesische Provinzen immer wieder unter großflächigen Wald- und Landschaftsbränden in Torfmoorgebieten. Im Jahr 2015 führten diese unter anderem zum Tod von 23 Kindern. Auch 40 Millionen weitere Menschen waren der Luftverschmutzung, in Form von dicken Rauchschwaden, ausgesetzt. Das Land verzeichnete in Folge der Brände wirtschaftliche Ein-

bußen in Höhe von 17 Milliarden USD, ohne den ökonomischen Schaden der Lokalbevölkerung, die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und den kulturellen Verlust der indigenen Bevölkerung mit einzubeziehen. Die Emissionen der Brände betragen 1,043 Terratonnen Kohlenstoffdioxid.

Eine WALHI-Recherche ergab, dass der Großteil der Feuer in Palmöl-Konzessionsgebieten (9.168 *Hotspots*) und in Plantagen für die Zellstoff und Papierindustrie (5.669 *Hotspots*) ausbrachen. WALHI identifizierte 10 Mutterkonzerne, von deren Tochterfirmen 439 in die Brände verwickelt waren: Wilmar, Sinar Mas (Asian Pulp and Paper), Raja Garuda Mas/APRIL, Sime Darby, First Resources, Sampoerna, Cargill, Provident, Marubeni und PTPN (staatliche Plantagen).

Im Jahr 2016 betrug die Gesamtfläche der Palmölplantagen in Indonesien 11,7 Millionen Hektar. Diese produzierten, weitestgehend für den globalen Markt, 33,5 Millionen Tonnen *Crude Palm Oil* (CPO). Die meisten Palmölplantagen in Indonesien gehören zu einer der 25 größten Konzerngruppen, die den Großteil der durch Palmölplantagen belegten Fläche in Indonesien mit 5,1 Millionen Hektar besitzen. Ihr Vermögen wird auf 69,1 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dies entspricht 45 Prozent des Staatshaushaltes Indonesiens im Jahr 2014.

Die Rodung von Waldflächen für Palmöl- und Zellstoff-Plantagen ist die offensichtlichste und greifbarste Bedrohung für den noch verbleibenden Wald Indonesiens. Beispielsweise befinden sich in der Provinz Riau 1,8 Millionen Hektar illegale Palmölplan-

*Der Autor ist der Leiter der Klimagerechtigkeitskampagne von Friends of the Earth Indonesien, Wahana Lingkungan Hidup Indonesia (WALHI)*



Kohlekampagne  
von WALHI  
© WALHI



Trockenlegung  
von Torfböden  
© Andrea  
Höing

tagen in Waldgebieten. Die Umwandlung von Waldgebieten zu Anbauflächen für Plantagen führt zu einer signifikanten Freisetzung von Treibhausgasen und gefährdet die Lebensgrundlage lokaler Gemeinschaften, die vom Wald abhängen.

#### ›Saubere‹ Kohle als Klimabedrohung

Die Regierung plant derzeit innerhalb der nächsten zwanzig Jahre über 100 neue Kohlekraftwerke zu bauen. Damit versucht sie einen nationalen Markt zu schaffen, der die Entstehung von Kohlebergwerken fördert. Das Ziel ist insgesamt mehr als 400 Megatonnen Kohle pro Jahr zu fördern. Von diesen sollen 60 Prozent auf dem heimischen Markt verbraucht werden, so dass sich die Strukturen eines indonesischen Kohlemarkts aufbauen können.

Im Jahr 2017 steht der Bau mehrerer großer Kraftwerke an. Eines derer, die hauptsächlich mit Kohle betrieben werden sollen, ist das Kohlekraftwerk PLTU Cirebon II. Die Erweiterung des bereits bestehenden Kohlekraftwerkkomplexes wird durch Kredite mit 20 % Eigen- und 80 % Fremdkapital finanziert.

Drei fremdstaatliche Finanzinstitutionen, die *Japan Bank for International Cooperation* JBIC, *Korea Eximbank* EXIM und *Nippon Export and Investment Insurance* NEXI, werden 60% des Entwicklungsbedarfs des Kraftwerks mit 1,74 Millionen USD finan-

zieren. Das restliche Geld stammt von kommerziellen multinationalen Banken. Eines davon, die *Credit Agricole*, hat allerdings im Nachhinein die Finanzierung widerrufen, da sie nach neueren Richtlinien an Projekten, die eine Kohleförderung unterstützen, sich nicht mehr beteiligen werden. Dies betrifft auch Cirebon II and PLTU Tanjung Jati B in Indonesien. Die Änderung erfolgte aufgrund des Drucks sozialer Bewegungen aus Indonesien und dem Ausland.

Unter dem Vorwand, ›saubere‹ Kohle oder die kritisierte Kohlendioxid Ablagerungs- und Speichertechnologie (CCS) zu unterstützen, die angeblich umweltfreundlicher als konventionelle Kraftwerke seien, begann die japanische Regierung über die JBIC in diesem Jahr mit der Auszahlung von Krediten. Natürlich ist dieser Ansatz keine Lösung, die dazu beiträgt den Klimawandel zu verhindern. Obwohl das Kraftwerk, mit einer Kapazität von 2 Gigawatt, CCS-Technologie verwenden wird, wird es voraussichtlich Emissionen von 10,8 Megatonnen im Jahr verursachen. Ab dem Jahr 2021 werden Kohlekraftwerke in ganz Indonesien, mit einer Gesamtkapazität von ungefähr 20 Gigawatt, 108 Megatonnen zusätzliche Emissionen pro Jahr erzeugen.

#### Den Klimawandel bekämpfen

Ein erster Schritt, den Klimawandel aufzuhalten, wäre den Ausbau von Palmölplantagen, der Zellstoff- und Papierindustrie und von Kohleminen zu stoppen. Anschließend sollte der Kontakt zu der lokalen Bevölkerung gesucht werden und diese als Schlüsselakteure in der Waldbewirtschaftung und sauberen Energieerzeugung involvieren. Das Konzept des ›Gemeindewaldbewirtschaftungssystem‹ (*Hutan Kerakyatan*) ist eine Alternative zu dem Waldbewirtschaftungsmodell der Regierung, welches eher industriell und kapitalintensiv ist. WALHI hat sich für die Anerkennung und Förderung von gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftungssystemen und -modellen eingesetzt, die nun von der Regierung insoweit anerkannt wurden, dass 12,7 Millionen Hektar Land für soziale Waldbewirtschaftungsprogramme vorgesehen worden sind. Außerdem sollen neun Millionen Hektar Land im Rahmen der Agrarreform an lokale Gemeinschaften vergeben werden.

WALHI fordert eine ›saubere Energiepolitik‹ auf nationaler Ebene, an dem die Gemeinden, die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften teilhaben und an einer gerechten Energiewende mitwirken sollen. WALHI fordert des Weiteren eine Energiedemokratie, bei der die Menschen nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Energieproduzenten, in kleinem Maße, gesehen werden. Diese Art der Dezentralisierung soll den Menschen in allen Regionen Zugang zu und Kontrolle über saubere Energieressourcen zur Verfügung stellen und garantieren. ■